

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Auf zum Gemeindevwahlkampf!

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Durch Beschluß des sächsischen Landtags müssen in den meisten sächsischen Gemeinden bis Ende dieses Jahres die Gemeindevertretungen neu gewählt werden. Im Anschluß daran sind auch die ehrenamtlich tätigen Stadträte und Gemeindevorsteher sowie die Mitglieder der Bezirksversammlungen und Kreisausschüsse neu zu wählen.

Damit ist das Schicksal der Gemeinden für die nächste Zukunft in die Hände der stimmberechtigten Gemeindeglieder gelegt.

Diese müssen darüber entscheiden, welche Wege die Gemeindepolitik in der nächsten Zeit gehen soll.

Die Revolution hat die alten Klassenparlamente in den Gemeinden beseitigt und die politische Gleichberechtigung aller Einwohner, auch der bis dahin völlig rechtlosen Frauen, gebracht.

Von den neuen Rechten haben aber viele Angehörige der besitzlosen Klasse einen falschen Gebrauch gemacht. Sie haben Anhänger und Vertreter der alten bürgerlichen Parteien gewählt. Dadurch hat sich der durch das freie Wahlrecht ermöglichte Fortschritt in den Gemeinden nicht verwirklichen lassen, zum Schaden der Besitzlosen.

Das muß diesmal anders werden!

Die Gemeindevertretungen müssen so zusammengesetzt werden, daß die Vertreter der arbeitenden Bevölkerung die Mehrheit haben.

Das ist notwendig und möglich, denn die arbeitende Bevölkerung bildet drei Viertel der Bevölkerung überhaupt und ihre Interessen sind die Interessen der Allgemeinheit.

Die Sachwalter der besitzenden Klasse, die bürgerlichen Parteien, setzen alles daran, die Mehrheit in den Gemeindevertretungen zu erringen. Sie wollen auch in Zukunft in den Gemeinden das Szepter in den Händen behalten, um ihre Interessenpolitik ungehindert treiben zu können.

Die Besitzenden kennen keinen Gemeinssinn, kein Opferbringen für die Allgemeinheit; sie kennen nur Eigennutz und Gewinnmacherei.

Die Gemeindevertretungen sind für die Besitzenden nur da, um den Unternehmern auf Kosten der Allgemeinheit Aufträge und damit Gewinne zuzuschleusen.

Das darf die arbeitende Bevölkerung nicht länger dulden!

Mit aller Energie muß sie darangehen, die Gemeindevertretungen und die Gemeindeverwaltungen in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Die Hindernisse, die dem noch entgegenstehen, müssen durch die Reform der Gemeindegesetze aus der Welt geschafft werden. Vor allen Dingen müssen die Vorrechte der Ratskollegien verschwinden. Nur der Wille der Einwohner darf in der Gemeinde maßgebend sein. Die Bürokraten haben sich diesem Willen zu fügen, das Volk braucht keinen Vormund.

Die Aufgaben der Gemeinden werden immer größer.

Es seien nur die Wohnungsbeschaffung, die Wohlfahrts- und Gesundheitspflege, der Jugendschutz, die Arbeitslosenfürsorge genannt. Hier müssen die Gemeinden bahnbrechend vorangehen. Durch Kommunalisierung aller dazu geeigneten Betriebe müssen die Gemeinden wichtige Vorarbeit für den Sozialismus leisten.

Die Verteilung der Lasten muß nach der Leistungsfähigkeit erfolgen. Die arbeitende Bevölkerung ist zu schonen. Dafür müssen die großen Vermögen und hohen Einkommen scharf zu den Gemeindebedürfnissen herangezogen werden.

Das Wohl der arbeitenden Bevölkerung ist mit dem Wohl der Gemeinden eng verknüpft. Die Gemeinden sind die Grundlagen des Staates, des Reiches, der ganzen Gesellschaft. Gelingt es nicht, sie gesund und für ihre großen Kulturaufgaben fähig zu machen, so geht die Gesellschaft zugrunde.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Männer und Frauen! Genossen und Genossinnen!

Um Eurer selbst willen müßt Ihr Hand anlegen und zäh und unverdrossen arbeiten, damit bei den diesjährigen Gemeindevahlen

eine unabhängige sozialdemokratische Mehrheit

in die Gemeindeparlamente einzieht.

Jede Laune ist ein Verbrechen an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung, an der Zukunft, am Sozialismus! Darum auf zu unermüdlicher, unverdrossener Werbearbeit!

für die Unabhängige Sozialdemokratie!

Auf zum Kampf! Auf zum Erfolg!

Der Landesvorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Sachsens.

Die Krise in Westungarn.

Wien, 13. Oktober.

Wien und ganz Deutschösterreich durchlebt jetzt unruhige Tage, aufgeregte Nächte. Ein Risikogramm Zeit, das vor sechs Wochen 280 deutschösterreichische Kronen gekostet hatte, ist heute nicht für tausend Kronen zu kaufen. Durch die Entwertung der Krone ist eine Teuerung über das ausgehungerte und verarmte Land hereingebrochen, die einfach jeder Beschreibung spottet und die Arbeiter, Angestellte und die öffentlichen Beamten stehen vor der nackten Hungersnot. In einer einzigen Woche ist der Banknotenumlauf mit mehreren Milliarden gestiegen, um die erhöhten Löhne und Bezüge bezahlen zu können. Aber bis das Geld in die Hände der Lohnempfänger gerät, ist es schon lange wieder durch die Entwertung der Krone seiner Kaufkraft beraubt. Es ist mehr als ein Witz, wenn ein Gast in einem Gasthaus, als ihm das Bestellte aufgetragen wurde, erklärt hatte, daß er sofort bezahlen wolle, denn während er das Getränk und die Speise verzehrt, kann eine Preisverhöhung eintreten.

Diese entsetzliche wirtschaftliche Not, die die ganze Bevölkerung in Verzweiflung treibt, wollen die Monarchisten zu einem Aufschub ausnützen. Sie wissen es wohl, daß in einem Lande, wie Deutschösterreich, wo bei einer Bevölkerungszahl von 6½ Millionen mehr als fünfmalhunderttausend politisch organisierte Sozialdemokraten und mehr als eine Million gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Angestellte gibt, jeder Versuch eines reaktionären Aufschubs innerhalb 24 Stunden von dem Proletariat niedergeschlagen wird. Die Monarchisten rechnen auch nicht auf die eigene Kraft, sondern auf die Weihe Armee Hortyhans, die in Westungarn steht und jeden Tag größer und besser ausgerüstet wird. Der ungarische Monarchist Andrássy erklärte einem Zeitungsberichterstatter, daß die Truppe Ostenburg, die in Debrecen steht, an dem Tage in der Wiener Hofburg frühstücken kann, an dem es ihr gefällt. Diese mahjarische Großsprechererei muß zwar juristisch gesehen werden und die Wehrgardisten würden schon mit blutigen Köpfen abgewiesen werden, wenn sie den Versuch machen würden, aber es ist auch aus diesem Satz, wie ja auch tausend anderen unbestrittenen Tatsachen erwiesen, daß Ungarn zu einem Kriege gegen die österreichische Republik rüstet. Das wird Ungarn gar nicht schwer gemacht, denn die Ententevertreter arbeiten noch jetzt an der weiteren Entwaffnung des schon mehr als entwaffneten Oesterreich. Sie gaben eben in diesen Tagen den Befehl, die noch vorhandenen Waffen zu zerstören oder auszuführen, während Ungarn ohne irgendwelche Hemmungen mit Vollkraft an seiner Kriegsausrüstung arbeitet. Obwohl Oesterreichs Recht von niemandem bezweifelt werden kann, wird Oesterreich mit Krieg bedroht und muß seit sechs Wochen zusehen, wie seine Grenzbevölkerung beunruhigt, beschossen wird, weil es auf die von der Entente ihm auferlegte Durchführung des Friedensvertrages besteht. Die keine Entente, vornehmlich die Tschechoslowakei und Jugoslawien wollten Oesterreich beistehen und wenn nötig, mit Waffengewalt den mahjarischen Banden Einhalt gebieten; aber sie wurden daran von der großen Entente, vornehmlich von Italien, gehindert und der tschechoslowakische Minister Benes mußte sich nach dem Empfang einer schallenden Ohrfeige von seiner Vermittlungsaufgabe zurückziehen. Es ist zwar ein Grundlag der Ententepolitik, daß die imperialistischen Friedensverträge nicht angerührt werden dürfen, aber an der Schonung des konterrevolutionären Hortyhungarn hat die Entente ein noch größeres Interesse. Man muß das republikanische Oesterreich, wo die Arbeiter schon in allen Dingen ein kräftiges Wort mitzureden haben, demütigen und dem monarchistischen Ungarn, auch wenn es den Friedensvertrag wie ein Fehlen Papier behanbelt, beifällig sein. In der jetzigen Krise hat Italien diese konterrevolutionäre Rolle übernommen, in anderen Krisen waren es Frankreich oder England, aber immer findet sich eine „demokratische“ Großmacht, die mahjarische Galgenherrschaft zu kühlen! Dabei sind vor allem die gegenrevolutionären Pläne der Großmächte ausschlaggebend: man rechnet auf die Hortyharmee bei einer Intervention gegen Sowjetrußland. Frankreich will einen bewaffneten Gendarmen an der Donau haben, wenn in Oesterreich der Gedanke des Anschlusses an Deutschland erstarben und in die Tat umgesetzt würde. Italien will einen Keil zwischen die Tschechoslowakei und Jugoslawien treiben und insbesondere das letztere Land, das ihm ja bekanntlich „verbündet“ ist, durch eine starke ungarische Armee in Schach halten. Englands Politiker spielen mit dem Gedanken einer Donau-Österreich-Union und als Anfang dazu wäre ihnen eine verkleinerte österreichisch-ungarische Monarchie gar nicht unerwünscht. Alle diese diplomatischen Intrigen werden nun auf dem Rücken und auf die Kosten Deutschösterreichs ausgefochten und alle diese sich paralysierenden Interessen kreuzen sich in dem sonst so unbedeutenden Westungarn.

Aber sogar diese Gesichtspunkte der „großen“ Ententepolitik erkennen die wohlwollende Haltung dem vertragsbrüchigen Ungarn und das Mißtrauen dem vertragstreuen Oesterreich gegenüber nicht reißlos. Es muß noch eines Umstandes Erwähnung getan werden: die meisten Budapestler Vertreter der Entente sind durch gesellschaftliche, geschäftliche oder andere Rücksichten sehr zarter Natur mit den Machthabern in Budapest verbunden. So wird eben heute aus Budapest berichtet, daß der französische Hauptmann Graf Troismonts, Mitglied der französischen Militärmission, sich in Ungarn niedergelassen und der wirtschaftlichen Tätigkeit sich widmen wird. Von dem britischen Obersten Stead ist bekannt, daß er seine militärische und diplomatische Stellung in Budapest zu großen Geschäften ausgenützt hat, daß er unter anderem die